

Stellungnahme Halina Wawzyniak (DIE LINKE)

Nach gut zweieinhalb Jahren beendete die Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft im Januar 2013 ihre Arbeit. Zwölf Projektgruppen, bestehend aus Parlamentarier/-innen und Experten/-innen haben sich mit dem gesamten Spektrum der Netzpolitik beschäftigt, die Abschlussberichte umfassen mehr als 2000 Seiten. Das allein sagt nichts über Qualität und auch nichts darüber, ob die Arbeit der Enquete in Politik und Gesellschaft wirken, ob aus ihren Vorschlägen und Denkanstößen politisches Handeln erwachsen wird.

Bedingt, möchte ich sagen: Zum einen erfolgte tatsächlich eine Sensibilisierung für das Thema Netzpolitik – sowohl in der Politik als auch in den Medien. Große Aufmerksamkeit erhielt die Empfehlung der Kommission, einen Internet-Ausschuss einzurichten. Ich trage diese Empfehlung mit, auch wenn DIE LINKE sagt: Das Internet muss in allen Handlungsfeldern der Politik bedacht und mitgedacht werden. Ein Internet-Ausschuss wird das Thema »Digitale Gesellschaft und Politik« sicher weiter aufwerten und insofern diene solch ein Gremium auch einem guten Zweck.

Unser Ansatz in der Enquete war, in allen Projektgruppen die Frage des Eigentums, des sozial gerechten Zugangs zum Internet und der demokratischen Möglichkeiten des Internets zu thematisieren. Das stieß nicht immer auf Gegenliebe, trotzdem finde ich, dass in den Projektgruppen ein guter Grundstein dafür gelegt wurde, diese Fragen mehr in den Mittelpunkt der Diskussion über Demokratie und Teilhabe zu rücken und damit auch ein Stück voran zu kommen. Das meint Themen wie die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität, die wir ebenso fordern wie die Anerkennung des Computers als Bestandteil des sozioökonomischen Existenzminimums. Das meint die Diskussion über die Vorratsspeicherung, die wir ablehnen und die anonyme und pseudonyme Nutzung des Internets, die wir wollen. Es meint die Diskussion um ein modernes Urheberrecht, das eine angemessene und faire Vergütung kreativer Leistungen ebenso garantiert, wie die möglichst freizügige Verbreitung und Weiterverwendung von Wissen, Information und Kulturgütern. Zu all diesen Themen hat die Enquete Impulse gegeben, aus ihrer Arbeit entstanden bisher gut 25 parlamentarische Initiativen.

Ob beteiligungsorientierte digitale Demokratie den Weg aus der Krise der Demokratie – die ich nicht Postdemokratie nennen möchte – weisen kann, hängt aus meiner Sicht davon ab, ob das Internet allen zugänglich ist, die es nutzen wollen (das meint auch jene Menschen, die es nutzen wollen, aber keine finanziellen Möglichkeiten haben, das zu tun).

Es hängt davon ab, ob verhindert werden kann, dass wenige Konzerne eine Monopolstellung erhalten und aus dem von uns gewollten „Netz für alle“ ein „Netz der Hierarchien“ machen, in dem mehr bekommt, wer über mehr Geld verfügt.

Vor allem aber hängt es auch davon ab, ob sich die Politik auf die Chancen, die das Internet bietet, einlässt und die damit verbundenen Möglichkeiten für Beteiligung anbietet und selber nutzt. Transparenz herzustellen, Bürger/-innenbeteiligung bei wichtigen Entscheidungen zu ermöglichen, Mitspracherechte zu erweitern – all das kann die Politik tun. Sie kann es aber auch verhindern. Das hängt von den Mehrheitsverhältnissen ab.

Die digitale Demokratie eröffnet im Hinblick auf Teilhabe ebenso Chancen, wie die Nutzung der neuen Medien einen Beitrag zur Demokratisierung leisten können. Und wie sonst im Leben auch gilt: Zu jeder Chance gesellen sich Risiken. Ein Risiko ist die Verschärfung der digitalen Spaltung. Es besteht die Gefahr, dass digitale Demokratie ein Eliteprojekt wird, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen einen schlechteren Zugang zu gesellschaftlich relevanten Ressourcen und Partizipationsmöglichkeiten haben, als andere. Das gilt übrigens nicht nur für das Internet, sondern für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Ein weiteres Risiko ist die Einschränkung der Freiheit des Internets durch die Verletzung des Prinzips der Netzneutralität und Netzsperrern. Eine Priorisierung der Daten durch Dritte macht aus dem Netz ein Herrschaftsinstrument.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes anmerken: Die Demokratie kann nur von Menschen demokratisiert werden, nicht vom Internet. Das Internet bietet unendliche Ressourcen und Möglichkeiten, genau dafür genutzt und benutzt zu werden. Deshalb ist seine Freiheit ein hohes Gut und seine Einhegung eine ebenso große Gefahr.

Autorin

Halina Wawzyniak ist netzpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion, Obfrau der der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Bundestages und stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses. Außerdem ist sie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Unterausschusses Neue Medien.

Kontakt:

Halina Wawzyniak
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030)227 731 07

E-Mail: halina.wawzyniak@bundestag.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de